

Wir sind nicht fehlerfrei

Gesellschaftliche Diskurse beeinflussen den Sprachgebrauch in Medien. Der Sprachgebrauch in Medien beeinflusst wiederum den Sprachgebrauch der Leser:innen und Hörer:innen. **Romana Beer** hat die stellvertretende Chefredakteurin der Tageszeitung „Der Standard“ **Nana Siebert** und den „Zeit im Bild“-Moderator **Tarek Leitner** gefragt, welchen Stellenwert geschlechtergerechte Formulierungen in ihren Redaktionen haben, was sie von Wordinglisten und Leitfäden „für sensiblen Sprachgebrauch“ halten und wie sie mit Zurufen über Twitter & Co. umgehen.

Es ist noch nicht lange her, da waren Zeitungen, Magazine und Nachrichtensendungen voll mit dem generischen Maskulinum. Frauen waren „mitgemeint“, andere Gender nicht existent. Ausnahmen waren einzelne Publikationen, wie etwa die um die Jahrtausendwende in Wien gegründete linke Zeitung „malmoe“. „Es war immer klar, es muss geschlechtergerecht geschrieben werden. Aber wie, obliegt den Autor_innen, da wollten wir niemandem einen Standard vorgeben. So entstand eine Vielfalt von Zugängen nebeneinander“, erinnert sich Nikola Staritz, die 2010 zur „malmoe“-Redaktion stieß.

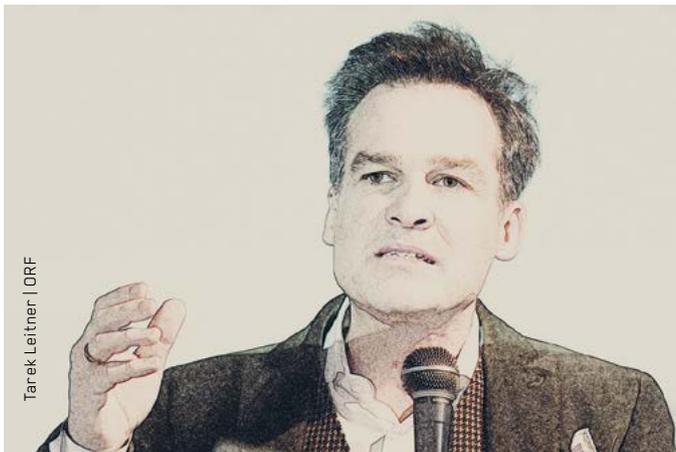
„Gerechte Sprache allein schafft noch keine gerechte Welt. Aber indem wir sie verwenden, zeigen wir, dass wir eine gerechte Welt überhaupt wollen“, schreibt der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch in seinem Buch „Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen“ (Duden 2018). In TV-Diskussionen, Leser:innenbriefen

und Kommentaren auf Social Media zeigt sich aber immer wieder, dass sich viele Menschen nicht an eine Sprache, die niemanden ausschließt oder herabwertet, gewöhnen wollen. Besonders emotional und ideologisch aufgeladen – Stichwort „Genderwahn“ – ist die Debatte über geschlechtergerechte Formulierungen. Diese seien umständlich, würden den Lesefluss stören und Texte unnötig in die Länge ziehen, sind noch die freundlichsten Gegenargumente, die bereits mehrfach in Studien widerlegt wurden.

„Es hagelt Kritik“

Durch den Diskussionsprozess wuchs aber immerhin das Bewusstsein dafür, wie die Sprache, die wir verwenden, wirken kann. Und das Bewusstsein dafür, dass bei einem Wort oft mehr mitschwingt, als auf den ersten Blick erkennbar ist. Obwohl geschlechtergerechtem Sprachgebrauch in vielen Medien immer noch ein geringer Stellenwert beige-

messen wird, verschwindet das generische Maskulinum mehr und mehr. In der Tageszeitung „Der Standard“ taucht es noch ab und zu auf, meist wird aber mit Doppelnennung („die Politikerinnen und Politiker“) gegendert. Manchmal sei es eine Platzfrage, sagt die stellvertretende Chefredakteurin Nana Siebert: Wer in der Printausgabe für einen Artikel nur wenige Zeichen zur Verfügung habe, müsse teilweise auf Doppelnennungen verzichten. Ob das generische Maskulinum („die Politiker“) überhaupt noch zeitgemäß sei, werde intern immer wieder besprochen. „Wir wissen aber auch aus Befragungen von Leser:innen und Lesern, dass es ihnen zwar wichtig ist, dass wir eine geschlechtergerechte Sprache verwenden, sie aber etwa das Binnen-I oder den Genderstern ablehnen, weil es ihrer Ansicht nach die Sprache und die Lesbarkeit nicht verbessert, sondern erschwert.“ Aus diesem Grund habe sich die Redaktion entschlossen, möglichst mit Doppelnennungen zu gendern und das Binnen-I und den Genderstern



„Beim Gendern erlebe ich eine Gesellschaft, in der es momentan keine Version gibt, die nicht heftiger Kritik unterworfen ist. Gleich, wie man es macht, es hagelt Kritik.“

nur auf „diestandard.at“, dem frauenpolitischen Portal des „Standard“, einzusetzen.

Nicht nur in der geschriebenen, auch in der gesprochenen Sprache kann geschlechterinklusiv formuliert werden. In der ORF-Nachrichtensendung „Zeit im Bild“ wird dazu seit einiger Zeit häufig der stimmlose glottale Plosiv, auch Glottisschlag und *glottal stop* genannt, eingesetzt. Hörbar ist das mit einer kurzen Pause vor der weiblichen Endung, so als wäre da ein Bindestrich: „Politiker-innen“. Eine interne Regelung, ob und wie geschlechtergerecht formuliert wird, gibt es laut „Zeit im Bild“-Moderator Tarek Leitner aber nicht: „Beim Gendern erlebe ich eine Gesellschaft, in der es momentan keine Version gibt, die nicht heftiger Kritik unterworfen ist. Gleich, wie man es macht, es hagelt Kritik. Insofern finde ich es gut, wenn die Menge all jener, die auf Sendung zu Wort zu kommen, ihre jeweils als richtig empfundene Art verwendet. Ich glaube, es wird einige Zeit brauchen, bis sich ein Standard etabliert.“

Geschlechtergerechte Sprache ist nur ein Teilbereich

Dass über geschlechterinklusive Sprache am lautesten und emotionalsten diskutiert wird, liegt vielleicht daran, dass sie jede:n betrifft. Nichtdiskriminierender Sprachgebrauch berührt aber noch viele andere Bereiche – etwa wie über BIPoC, über Menschen mit Armutserfahrung und über Menschen mit Behinderung gesprochen wird. Immer noch ist beispielsweise zu hören und zu

lesen, jemand sei „an den Rollstuhl gefesselt“ – obwohl Betroffene schon lange kritisieren, dass diese Metapher ein Bild von Passivität und Hilflosigkeit vermittelt.

Das Thema Wording, also welche Wörter verwendet und welche vermieden werden sollen, wird auch in der Journalismus- und Medienbranche diskutiert. Gerade im Zuge der Berichterstattung über Migration, Flucht und Asyl finden sich immer wieder Analysen, Essays und Interviews, in denen die Wortwahl der Berichterstattung reflektiert und kommentiert wird. In einigen Medien, etwa dem britischen „Guardian“ und der deutschen Nachrichtenagentur „dpa“, gibt es hausinterne Richtlinien zur Verwendung oder eben Nichtverwendung bestimmter Begriffe. Zusammengefasst sind sie bei der „dpa“ im „dpa-kompass“, der von den Redakteur:innen bei der Erstellung von Nachrichtenmeldungen beachtet werden muss. Zum Themenkreis „Menschen mit Behinderung“ findet sich darin beispielsweise folgender Eintrag: „Bei dpa ist die Bezeichnung Gehörlose zu verwenden und nicht der Begriff Taubstumm oder das Adjektiv taubstumm. Die Betroffenen sind in der Regel nicht stumm. Auch der Begriff taub wird als diskriminierend empfunden.“

„Kleine Hilfe im Arbeitsalltag“ für Kolleg:innen

Neben redaktionsinternen Wordingrichtlinien gibt es auch zahlreiche Publikationen, die sich „Leitfaden“ oder „Formulierungs-

hilfe“ für „nichtdiskriminierenden“ oder „sensiblen“ Sprachgebrauch nennen. Einige werden von Journalist:innen selbst herausgegeben, andere von Vereinen oder NGOs. Ein Beispiel ist der „Leitfaden für respektvolle Armutsberichterstattung“ der Armutskonferenz. „Wir sollten darauf achten, keine Generalisierungen vorzunehmen und Ausdrücke, die abwertend sind oder als diskriminierend empfunden werden können, zu vermeiden, auch wenn sie im Alltagsgebrauch Verwendung finden“, heißt es darin. Statt „arme Menschen“ wird empfohlen, etwa „von Armut betroffen“ oder „Menschen mit geringem Einkommen“ zu schreiben. Denn die Menschen seien mehr als nur „arm“ und Armut verweise lediglich auf eine ihrer Lebensbedingungen, nämlich das niedrige Einkommen. Auch vom in Medien oft verwendeten Ausdruck „sozial schwach“ wird abgeraten: Damit werde suggeriert, dass Armutsbetroffene keine sozialen Kompetenzen hätten. Und klar diskriminierende Begriffe wie „soziale Hängematte“ sollten ohnehin vermieden werden: „Sie wurden erfunden, um eine populistische Neiddebatte anzuheizen und gegen Betroffene Stimmung zu machen.“

„Wenn Lesben und Schwule Beiträge über sich in der Zeitung lesen oder im Fernsehen schauen, kommen sie manchmal aus dem Staunen nicht heraus“, steht im Vorwort des Leitfadens „Schöner schreiben über Lesben und Schwule“. Herausgegeben wird er vom deutschen „Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen“ – als „kleine Hilfe im Arbeitsalltag“

„Das bedeutet nicht, dass wir fehlerfrei sind. Aber unsere Journalistinnen und Journalisten bemühen sich von vornherein, auf sensiblen Sprachgebrauch zu achten.“



Nana Siebert | Der Standard

für Kolleg:innen. Denn: „Egal ob Boulevard, Qualitätspresse oder Nachrichtenagenturen: Regelmäßig gibt es Schlagzeilen über das ‚Homosexuellen-Milieu‘ und ungelenke Formulierungen wie ‚Homosexuelle und Lesben‘ oder ‚bekennende Schwule‘.“ Auch in den „dpa-kompass“ wurden einige der Empfehlungen aufgenommen.

Ein sehr umfangreicher „Leitfaden“ im deutschsprachigen Raum von Journalist:innen für Journalist:innen ist das Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen, die sich als „Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationsgeschichte“ bezeichnen. Das Glossar wurde zusammen mit Wissenschaftler:innen erarbeitet und soll „als Hilfestellung für die tägliche Redaktionsarbeit dienen“. Es behandelt die Themen Migration, Kriminalitätsberichterstattung, Minderheiten, Flucht und Asyl. Ein ähnliches Glossar gab es auch von der Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen, die ihre Arbeit Ende 2017 wegen fehlender Finanzierung einstellen musste.

„Ernsthaftes Bedürfnis, mit Sprache sensibel umzugehen“

Die Frage, ob es in der „Zeit im Bild“-Redaktion Sensibilität und Hintergrundwissen zu diesen Themen gibt, beantwortet Leitner mit einem klaren Ja: „Wir setzen uns immer wieder damit auseinander, welche Auswirkungen Begrifflichkeiten haben und diskutieren das redaktionsintern. Da geht es ja nicht nur um gesellschaftliche Gruppen und wie man über

diese spricht. Es geht auch sehr oft darum, nicht schleichend Wordings und Framings von Parteien und Interessensgruppen zu übernehmen.“ Hausinterne Richtlinien gebe es aber keine und wenn, dann würde er sich dagegen wehren. Denn damit „lässt sich Politik betreiben“, so Leitner. Die richtige Auswahl der Begriffe „sollte der jeweiligen journalistischen Beurteilung in der jeweiligen Situation unterliegen“.

Auch beim „Standard“ gibt es keine redaktionsinternen Richtlinien. Aber „ein ernsthaftes Bedürfnis, mit Sprache sensibel umzugehen. Das reicht in meinen Augen auch“, sagt Siebert. Externe Leitfäden werden in der Redaktion zwar „nicht per Vorgabe“ genutzt, sie gehe aber davon aus, „dass manche unserer Redakteurinnen und Redakteure, die über sensible Themen berichten, diese Publikationen kennen und auch teilweise nützen“. Gerade bei solchen Themen sei die Redaktion sehr sensibel, so Siebert. „Das bedeutet nicht, dass wir fehlerfrei sind. Aber unsere Journalistinnen und Journalisten bemühen sich von vornherein, auf sensiblen Sprachgebrauch zu achten. Fällt auf, dass wir bei etwas unsensibel formuliert haben, dann wird das bei uns in der Blattkritik sofort thematisiert.“ Auch die User:innen seien ein gutes Korrektiv.

„Die Sprache in der Gesellschaft widerspiegeln“

Als Korrektiv können auch Kommentare auf Social Media wirken. Nicht selten werden Hinweise zu

problematischen Formulierungen schon getwittert, Minuten nachdem ein Artikel publiziert wurde oder noch während eine Nachrichtensendung läuft. Doch sollen Redaktionen auf jeden Zuruf, ein Wort sei nicht „korrekt“, reagieren? „Nein“, sagt Siebert. „Aber wenn der Zuruf einen Punkt trifft, dann kann man über den weiteren Umgang mit dem Thema debattieren. Das übrigens gerne auch kontrovers – eine Redaktion lebt schließlich von verschiedenen Perspektiven. Wenn der Vorwurf berechtigt ist, dann schmerzt es uns selbst am meisten – eben, weil wir uns wirklich Mühe geben, hier sensibel und korrekt vorzugehen. Genau das sind dann die Themen, die wir in der Blattkritik oder auch in abendlichen ‚Plauderrunden‘, die wir in der Pandemie für den Austausch innerhalb der Redaktion installiert haben, ansprechen und diskutieren.“

Jedem Zuruf zu entsprechen, ginge schon alleine deshalb nicht, „weil sich in jeden Applaus auch immer Buhrufe mischen“, so Leitner. „Aber Erklärungen, warum man etwas so formuliert, wie man es tut, können nie schaden. Sprache ist in Bewegung und als Massenmedium sollte man sprachlich nicht mehr als einen halben Schritt vor der Gesellschaft gehen. Wir wollen ja nicht nur verständlich, sondern auch akzeptiert bleiben. Die Sprache im Medium muss bis zu einem gewissen Grad die Sprache in der Gesellschaft widerspiegeln.“

Romana Beer schreibt als freie Journalistin u. a. über Schule, Bildung und Sprachgebrauch in Politik und Medien. Sie hat Angewandte Linguistik in Wien studiert.